Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 RM. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,30 RM., bei Postbestellung 2 RM. zuzüglich Abtragegebühr. Einzelnummern 10 Rpfg. Alle Postanstalten, Postboten und unsere Austräger und Geschäftsstellen nehmen zu jeder Zeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises. — Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Anzeigenpreis: die 5 gespaltene Raumzeile 20 Rpfg., die 4 gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichspfennig, die 3 gespaltene Reklamezeile im textlichen Teile 1 Reichsmark. Nachweisungsgebühr 20 Reichspfennige. Vorgeschriebene Erscheinungstage und Platzvorschriften werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Anzeigenannahme bis vorm. 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Anzeigen nehmen alle Vermittlungsstellen entgegen.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 42. — 87. Jahrgang | Telegr.-Adr.: „Amtsblatt" | Wilsdruff-Dresden | Postscheck: Dresden 2640 | Sonnabend, den 18. Februar 1928

Krisen im Volk — Krisen im Staat.

Zeitkrankheiten. — Schlechte Zensuren. — Die kommende Wahlschlacht.

Wir leben in einer prozeßübersättigten Zeit; die Gerichte arbeiten fieberhaft, um mit den Nachkriegs- und Inflationssündern allmählich wenigstens aufzuräumen und sogar der ewige Barmat-Prozeß verspricht demnächst doch noch bis zum Urteil — erster Instanz natürlich! — zu gedeihen. Aber alle diese mehr das politische und das geschäftliche Gebiet berührenden Prozesse werden weit in den Schatten gestellt durch die Tragödie des Steglitzer Schülermordprozesses, der wie kein anderer in die tiefsten Unter- und Hintergründe des sittlichen Lebens unserer Gegenwart hineinleuchtet und deshalb mit seinen zahlreichen Nebenerscheinungen eine wahre Fundgrube für die Erkenntnis unserer heutigen gesellschaftlichen Zustände sein und bleiben wird.

Man könnte sich verhältnismäßig leicht mit den Erfahrungen dieses Prozesses abfinden, wenn man sagt, hier liege nur ein Sonderfall vor: eine Familie, die in ungewöhnlicher und keinesfalls auch nur für bestimmte Kreise der großstädtischen Bevölkerung maßgeblicher Leichtfertigkeit ihr Haus bestellt oder vielmehr nicht bestellt und dadurch die eigenen Kinder in Not und Gefahr und durch diese wiederum andere junge Menschen und deren Angehörige ins Unglück gebracht habe. Dann dürfte man sich dabei beruhigen, mit der öffentlichen Anprangerung eines solchen Familienlebens, wie es nicht sein soll, ein weithin sichtbares Warnungssignal aufgerichtet zu haben. Aber die Familie Scheller sagt selber von sich aus, daß man sie in der Bekanntschaft noch als philisterhaft verhöhnt habe, weil sie an dem Verhalten der Kinder von Zeit zu Zeit doch noch etwas auszusetzen gefunden hätte. Und die Tatsache, daß diese jungen Leute unter den Augen der Schule und der Nachbarschaft eine ganze Weile völlig ungestört sich ihrem Treiben hingeben konnten, bis ihnen die Katastrophe einer durchzechten Nacht mit ihren blutigen Knalleffekten ein jähes Ende bereitete, widerspricht gleichfalls der bequemen Gewissenseinschläferung, daß man auch hier nicht verallgemeinern dürfe. Nein, man soll gewiß nicht verallgemeinern, aber der aufreizenden Wirkung dieser Enthüllungen aus einem modernen Familienleben kann sich kein fühlender Mensch entziehen; und in der Tat rühren sich ja allerwärts Verbände und Zweckvereinigungen, um wenigstens irgendwelche tröstlichen Lehren aus diesen Prozeßberichten zu ziehen oder darüber zu beratschlagen, was nun geschehen müsse, damit dem fressenden Übel dieser Zeitkrankheiten Einhalt getan werde. Darüber bedarf es gewiß gar keines Beweises, daß unsere Jugend im ganzen nicht so beschaffen ist wie die traurigen Helden dieses Prozesses, die lebenden und die toten. Aber wir wollen, daß sie auch so nicht wird und daß also die Ursachen, die den Günter Scheller und den Hans Stephan und auch den Paul Krantz zu so hinfälligen Erscheinungen der jungen Generation gemacht haben, beseitigt werden. Und so betrübend es ist, es muß doch hinzugefügt werden, daß auch die Handhabung der Justiz in diesem Falle leider sich nicht auf der Höhe ihrer Aufgabe gezeigt hat. Das gilt für die beteiligte Staatsanwaltschaft ebenso wie für die Verhandlungsführung und zuletzt auch für den Vertreter der Rechtsanwaltschaft, der gerade im kritischsten Augenblick seinen jungen Mandanten im Stich zu lassen für richtig gehalten hat. Hier wird es an allen Ecken und Enden die bessernde Hand anzulegen geben, wenn erst der Prozeß zu Ende geführt sein wird.

*

Einstweilen ist er an menschlichen, allzu menschlichen Unzulänglichkeiten gescheitert, genau so wie unsere Reichsregierung. Ein vor ziemlich genau einem Jahr begonnenes Experiment ist früher, als es eigentlich beabsichtigt war, zu Ende gegangen, und die Abgangszeugnisse, die die beteiligten Parteien sich gegenseitig ausstellen und die ihnen insgesamt von ihren politischen Gegnern ausgestellt werden, klingen nichts weniger als glänzend.

So gilt es nun, die ganze Kraft ungesäumt auf die nächste Zukunft zu konzentrieren und einen neuen Reichstag aus den Wahlen hervorgehen zu lassen, der leichtere Koalitionsbildungen ermöglicht, als sie in den letzten Jahren gelingen wollten. Die Linksparteien hoffen auf das Mehr von 30 Mandaten, das ihnen bisher gefehlt hat, um allein, aus eigener Kraft, die neue Regierung zu stellen und die Geschäfte in Preußen, ähnlich, wie sie es in Preußen seit vielen Jahren tun, ohne Rücksicht auf abweichende Meinungen und Weltanschauungen zu führen. Die Rechtsparteien werden sich natürlich gegen die ihnen zugedachte Entmachtung nach Kräften zur Wehr setzen — nur kann man vorläufig noch nicht recht wissen, in welcher Schlachtordnung sie ihrerseits in den Wahlkampf hineingehen wollen. Denn zwischen Deutschnationalen und Deutscher Volkspartei ist plötzlich ein breiter Riß entstanden, und das Zentrum, das bei den wahrscheinlich gleichzeitig vorzunehmenden Preußenwahlen die dortige Koalition mit den Sozialdemokraten zu verteidigen und zu erneuern haben wird, ist im Reich unversehens in eine weltanschauliche Gesinnungs- und Kampfgemeinschaft mit den Deutschnationalen hineingeraten. Es wird für die Parteien nicht ganz einfach sein, die Wähler im Lande über die sich so ergebenden politischen Zusammenhänge und Gegensätze einigermaßen einleuchtend zu orientieren.

Dr. Sy.

Wann wird gewählt?

Großwahltag in Aussicht.

Kabinettsberatungen.

Das Reichskabinett tagte Freitag von früh ab bis in die Abendstunden und beriet über die endgültige Aufstellung des parlamentarischen Notprogramms, dessen Fertigstellung und Annahme durch die Parteien gleichzeitig Aufklärung über den Termin der Reichstagswahlen bringen sollte. Großen Raum in den Kabinettsberatungen nahmen die landwirtschaftlichen Forderungen und Notwendigkeiten ein.

*

Hin und her.

ip. Berlin, 17. Februar.

Das Hin und Her der politischen Verwirrung in Berlin nahm am Freitag mitunter beängstigende Formen an. Jeden Augenblick wurden sowohl im Reichstag wie in den sonstigen politisch interessierten Kreisen Gerüchte zu Dutzenden kolportiert, die sich einen Augenblick später als unrichtig herausstellten. Vormittags schon fuhr das Kabinett in seiner Dauersitzung mit der Ausarbeitung des Notprogramms fort; aber auch in den späteren Nachmittagsstunden dauerten diese Beratungen noch an. Im Reichstag kündigte der Präsident an, daß jedenfalls heute noch nicht die beabsichtigte Pause in den Arbeiten eintreten könnte. Unter Umständen müßte Sonnabend weitergetagt werden, wenn nicht gar in einer Nachtsitzung die Reste aufgearbeitet werden müßten und dann endgültig der Schluß käme. Natürlich durch die Auflösung, die infolge der nicht behobenen Meinungsverschiedenheiten der Parteien eintreten könnte. In der Nachtsitzung sollte dann gegebenenfalls der Reichsetat als Notvorlage erledigt werden, ehe man sich zu Wahlarbeiten in den jeweiligen Heimatort begebe.

Es herrschte jedenfalls allgemeine Unsicherheit, da der Wunsch des Reichspräsidenten, die dringendsten Arbeiten zu erledigen, auf starke Hindernisse stieß. Einerseits war die Rede von erheblichen Forderungen für die Landwirtschaft, die über die Bewilligungsfreudigkeit sowohl der bisherigen Oppositionsparteien wie auch einzelner Glieder der Regierungsparteien hinausging, auf die aber die Deutschnationalen nicht verzichten zu können glaubten. Ferner sprach man von der aus dem Zentrum gekommenen Anregung, Reichstags- und Preußenwahlen auf den gleichen Termin fallen zu lassen. Hier tauchte sofort aber der preußische Etat auf, der auch noch nicht erledigt ist und über dessen Fertigstellung man bei einer baldigen Auflösung des Preußenparlaments stolpern könnte. Weiter soll auch der Wunsch ausgedrückt worden sein, die Landtagswahlen in Bayern mit den Reichs- und Preußenwahlen zu verbinden. Alles das war etwas viel auf einmal und man kann es sich denken, daß selbst in dem findigsten Abgeordnetenkopf die Dinge etwas durcheinandergingen. Eines ist sicher: daß die Reichstagswahlen bevorstehen. Wann und wie, ließ sich Freitag nachmittag noch nicht übersehen. In der sozialdemokratischen Presse war schon die Rede von irgendeinem Märztag, andererseits wurde wieder am April oder Mai festgehalten.

Alles wartete gespannt auf die für abends angesagte Entscheidung des Reichskabinetts. Die Meinung war überall die: Falls irgendeine Einigung über die Erledigung des Notprogramms nicht herbeigeführt werden könnte, müßte die Auflösung des Reichstages sofort erfolgen. Die sozialdemokratische Fraktion hat erklärt, sie würde den Etat mit verabschieden, bedinge sich aber aus, daß die bisherigen Regierungsparteien Anträge auf Erhöhung von Positionen im Etat selbst und im Nachtragsetat von 1927 nicht stellen werden; das Liquidationsgesetz und auch ein Überleitungsgesetz für den Strafgesetzentwurf wolle sie annehmen.

Interessant war noch eine amtliche Mitteilung, nach der Reichspräsident von Hindenburg keineswegs erklärt habe, er würde sich mit dem Auseinandergehen des Reichstages nicht einverstanden erklären, bevor nicht die landwirtschaftlichen Fragen geregelt seien. In einer landwirtschaftlichen Versammlung zu Kassel hatte ein Redner behauptet, der Reichspräsident habe diese Äußerung gegenüber einer landwirtschaftlichen Abordnung in den letzten Tagen gemacht. Das amtliche Dementi stellte fest, daß Hindenburg in den letzten acht Tagen überhaupt keine landwirtschaftliche Abordnung empfangen habe. Die Aufzählung anderer verbreiteter Gerüchte erübrigt sich, da sie eigentlich nur Zeugnis ablegen für die herrschende Erregung, im übrigen aber ohne Bedeutung sind.

Regierungsdenkschrift über Splitterparteien.

Reich und Länder.

Die vor einiger Zeit angekündigte Denkschrift der Reichsregierung über die Splitterparteien ist jetzt den Parteien zugegangen. Zur Grundlage werden das Reichstagswahlrecht und die Wahlrechtsbestimmungen in den einzelnen Ländern gemacht. Dann folgen Angaben darüber, ob bei Einreichung der Wahlvorschläge Geldkautionen gefordert, ob amtliche Stimmzettel eingeführt und ob und wie die Parteien zu deren Kosten herangezogen werden.

Kautionen sind gefordert für die neuen Parteien in Mecklenburg-Schwerin 3000 Mark, in Hessen 5000 Mark, in Mecklenburg-Strelitz 2000 Mark und in Sachsen 3000 Mark. In allen Ländern besteht der amtliche Einheitsstimmzettel. In den meisten Ländern trägt das Land die Kosten selbst.

An Unterschriften fordert das Reich 500, Preußen 500, Bayern 20, Sachsen 500, Württemberg 10, Baden zwei Prozent der bei der vorherigen Landtagswahl im Wahlkreise Stimmberechtigten, Thüringen 2000, Hessen 7000, Hamburg 30, Mecklenburg-Schwerin 3000, Oldenburg 20, Braunschweig 1000, Anhalt 50, Bremen 25, Lippe 30, Lübeck 30, Mecklenburg-Strelitz 150, Waldeck 500, Schaumburg-Lippe 30.

*

Neue Parteigruppen.

Nachdem die in Frage kommenden politischen Parteien es ablehnten, Vertreter des Reichsverbandes der Haus- und Grundbesitzervereine Deutschlands auf ihre Wahlliste zu setzen, wurde in Halle die Haus- und Grundbesitzerpartei gegründet, die zu den bevorstehenden Reichs- und Landtagswahlen eigene Listen aufstellen wird.

Die Reichstagsabgeordneten Döbrich, Dorsch und Häuser haben sich im Reichstag zu einer selbständigen Parteigruppe unter dem Namen Christlich-nationale Bauernpartei zusammengeschlossen. Alle drei Abgeordneten gehörten bisher der Deutschnationalen Partei an, Abg. Döbrich vertritt den Wahlkreis 12 (Thüringen), Abg. Dorsch ist im Wahlkreis 33 (Hessen-Nassau) gewählt.

Abrüstungskonferenz am 15. März.

Die Tagung in Genf.

Der holländische Präsident der Vorbereitenden Abrüstungskommission, Loudon, hat einem von der Kommission im Dezember gefaßten Entschluß gemäß die Kommission auf den 15. März zu ihrer fünften Session nach Genf einberufen. Die Tagesordnung dieser Session enthält folgende Punkte:

Stand der Arbeiten des Schieds- und Sicherheitskomitees, das sich am 20. Februar in Genf vereinigen wird. Prüfung der von der sowjetrussischen Delegation am 30. November 1927 unterbreiteten Vorschläge. (Diese Vorschläge sind von Litwinow verfaßt und betreffen die allgemeine Abrüstung.) Stand der Arbeiten der Kommission zur Vorbereitung der Abrüstungskonferenz.

Die Tagung soll entscheidende Stellung einnehmen zu der Gesamtfrage der Abrüstung, zum Sicherheitsproblem und zur Einberufung der großen internationalen Abrüstungskonferenz.

Das deutsche Eigentum in Amerika.

Amerikas Gegenansprüche.

Die Beratung der Freigabebill für das ehemals feindliche Eigentum, die vom Amerikanischen Senat aufgenommen wurde, wurde durch eine Rede des Senators Smoot eröffnet, in der er zunächst darauf hinwies, daß die Vorlage nunmehr endlich erledigt werden müsse, damit die Ansprüche der amerikanischen Bürger an die deutsche Regierung befriedigt und das so lange zurückgehaltene deutsche Privateigentum zurückgegeben werden könnten.

Die Ansprüche amerikanischer Bürger betragen 191 700 000 Dollar, ungerechnet die Forderungen der Regierung der Vereinigten Staaten in Höhe von 62 200 000 Dollar, die die Freigabebill zunächst unberücksichtigt läßt.

Die Vorlage fordert den Präsidenten auf, mit der deutschen Regierung über die Zulassung von verspätet angemeldeten Ansprüchen zu verhandeln. Es sind insgesamt etwa fünftausend Fälle, denen eine Nachfrist bis zum 1. Juli 1928 gewährt werden soll.

Das deutsche Privateigentum, das auf zweihundert Millionen Dollar geschätzt wird, soll bis auf zwanzig Prozent oder vierzig Millionen Dollar sofort zurückgegeben werden. Bei Ansprüchen unter zweitausend Dollar soll kein Abzug gemacht werden. Falls die Vorlage angenommen wird, werden zunächst etwa 210 Millionen Dollar oder über 800 Millionen Goldmark an deutsche Berechtigte zurückerstattet.

Leider wird aber auch gemeldet, daß im Senat nur geringes Interesse für die Erledigung vorliegt. Bei der

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF